

NEGATIVES AUS KOMMIS- SION UND NATIONALRAT

Sven Schendekehl



Mit dem Nein des Nationalrates ist die Revision des Betäubungsmittelgesetzes definitiv gescheitert – trotz vielen Denk- und Diskussionsstunden. Wir fassen die Debatte zusammen und blicken in eine repressive Zukunft.

Kommission des Nationalrates

Am 1. und am 29. April 2004 waren Sitzungen der Kommission traktandiert. Doch statt ausführlich über das umfassende Revisionsprojekt zu debattieren und allenfalls eigene Vorschläge zu integrieren, war sich die Kommission bereits an der ersten Sitzung einig: Wir wollen das Ganze nicht! Mit 13 zu 12 Stimmen versenkte die Kommission knapp die Revision des Betäubungsmittelgesetzes. Die Kommission des Nationalrates (SGK-N) wird in der laufenden Legislatur von folgenden Nationalrätinnen und Nationalräten gebildet: Christine Goll (Präsidentin, SP), Christine Egerszegi-Obrist (Vize-Präsidentin, FDP), Roland Borer (SVP), Toni Bortoluzzi (SVP), Jean Henri Dunant (SVP), Hugo Fasel (CSP), Jacqueline Fehr (SP), Jost Gross (SP), Yves Guisan (FDP), Felix Gutzwiller (FDP), Hansjörg Hassler (SVP), Ruth Humbel Näf (CVP), Liliane Maury Pasquier (SP), Thérèse Meyer (CVP), Guy Parmelin (SVP), Rudolf Rechsteiner (SP), Paul Rechsteiner (SP), Meinrado Robbiani (CVP), Stéphane Rossini (SP), Claude Ruey (LPS), Marcel Scherer (SVP), Jürg Stahl (SVP), Franziska Teuscher (Grüne), Pierre Triponez (FDP), Reto Wehrli (CVP).

Die Kommission der letzten Legislatur war immerhin auf das Geschäft eingetreten und hatte eine massive Besteuerung vorgeschlagen (siehe Legalize it! 26, Seiten 7-9). Dieser Vorschlag war zwar ziemlich weltfremd, aber wenigstens war es ein Vorschlag gewesen. Die Mehrheit der aktuellen Kommission hingegen möchte, wie gesagt, gar nicht auf die Revision eingehen. Was

bedeutet, dass sie den heutigen Zustand als grundsätzlich guten Zustand ansieht.

Alles soll bleiben wie es ist

Mehrheitssprecher Ruey, einer der Hauptverantwortlichen für das Nein der Kommission (und auch für das Nein des Nationalrats im letzten September, siehe Legalize it! 27, Seiten 6-9) sagte bei der Pressekonferenz der Kommission: Die Gesetzesrevision sei ein falsches Signal an die Jugend. Er meint, ein Ja dazu würde bedeuten, dass man das Kiffen für völlig problemlos halte. Goll hingegen, als Präsidentin der Kommission in der Minderheit, meinte bei der Pressekonferenz der Kommission, der Entscheid sei eine Bankrotterklärung der Politik, da zwischen der Realität und dem Gesetz ein riesiges Loch klaffe. «Es wird sich zeigen, ob der Nationalrat mit derselben Sorgfalt, Reife und Standhaftigkeit ein Problem anpackt, das real existiert.»

Die Minderheit erhält Unterstützung

Auch der Präsident der kantonalen Polizeikommandanten, Martin Jäggi, will ein neues, realitätsnäheres Gesetz. Trotz grosser Repressionsanstrengungen, sowohl gegen Konsumierende wie auch gegen die Handeltreibenden, sei es einfach nicht gelungen, das Problem wegzubringen. Er sprach davon, dass einzelne Konsumierende bis zu 15 Mal verzeigt worden seien. Es nütze nichts. Man müsse neue Wege gehen (Bund, NZZ, Tages-Anzeiger, 23./24. April 2004). Auch der Schweizerische Polizeibeamtenverband möchte das Gesetz ändern. In seiner Me-

dienmitteilung vom April 2004 heisst es: «Wir rufen das gesamte Parlament auf, sich der Revision des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel ernsthaft anzunehmen und seine Verantwortung wahrzunehmen. Jüngste aggressive Verlautbarungen der Medien (...) wollen der Öffentlichkeit einreden, die Schweizer Drogenpolitik sei gescheitert, es brauche deutlich mehr Repression auch gegen Konsumierende (...). Wir stehen hinter der Botschaft des Bundesrates (...). Die Polizei soll jedoch nicht länger als 'letztes Mittel' einer auch aus suchtpreventiver Sicht unzulänglichen Jugend-, Arbeits- und Familienpolitik erhalten müssen.» Klare Worte fand auch die NZZ in einem sehr gut formulierten und umfassenden Artikel am 30. April 2004 (zu finden auf http://www.hanfarchiv.ch/cgi-bin/a_text.cgi?1817). Am 14. Juni 2004 war es dann endlich soweit. Fast drei Stunden lang kamen im Nationalrat verschiedene Positionen zu Wort. Dabei wurde klar, dass hier Meinungen aufeinander prallen, die schlicht nicht vereinbar sind.

Die pragmatischen Kräfte . . .

Die Einen sehen das Kiffen zwar als nichts Gutes an, respektieren aber die freie Entscheidung der Kiffenden, dem THC-Genuss zu frönen. Für sie ist die persönliche Freiheit Ausgangspunkt für die Gesetzgebung, sie möchten die mündigen Bürgerinnen und Bürger nicht kriminalisieren für ein Tun, das allenfalls die Betroffenen selbst schädigt, nicht jedoch andere Menschen. Sie plädieren also für Schadensminderung: Sie möchten einen griffigen Jugendschutz einrich-



ten (wie er im heutigen Schwarzmarkt ja nicht existiert). Sie möchten den Handel durch rigorose Kontrollen in den Griff bekommen und die Geldflüsse an den Schwarzmarkt verhindern. Sie möchten Alkohol und Cannabis nicht unterschiedlich, sondern ähnlich behandeln. Sie möchten aber auch den öffentlichen Konsum verbieten oder zumindest stark einschränken. Sie wollen also keine wirkliche Legalisierung, aber immerhin eine Entkriminalisierung. Deshalb setzten sich SP und Grüne geschlossen, sowie eine Minderheit der FDP und eine sehr kleine Minderheit der CVP für das Eintreten auf das neue Gesetz ein (in den Details wären ihre Meinungen dann durchaus auseinander gegangen, aber soweit sollte es gar nicht kommen).

. . . gegen die Gläubigen

Die Anderen (vor allem SVP, Liberale, EDU und die Mehrheiten von CVP und FDP) vertreten die Überzeugung, dass Drogenkonsum immer etwas sehr Schlimmes ist, dass es der «Volks-gesundheit» schadet. Und das gilt für diese Menschen auch und gerade für den Cannabis-konsum. Sie denken, dass das Verbot sozusagen der letzte Schutzwall ist – bricht der, dann würde die «Epidemie» Kiffen schliesslich das ganze Schweizervolk erfassen und wohl zum Unter-gang führen. Die Folgen des Verbots (Schwarzmarkt) sind ihnen egal: Wenn die Repression wirklich gegen die Kiffenden vorginge, dann würde sich das Problem schon lösen lassen. Sie finden die heutige Repression nicht hart genug, 33'000 Verzeigungen gegen Kiffende pro Jahr

sind zu wenig und die folgenden Strafen zu tief. Und es ist ihnen egal, dass die Polizeibeamtenverbände sagen, dass mehr Repression aus Mangel an Personal und Geld kaum durchführbar ist. Immer wieder kommt, vor allem bei den Welschen, der Begriff «la drogue» vor – es tönt manchmal wie ein Glaubensbekenntnis. «La drogue» zerstört die Welt, die anderen Probleme unserer Gesellschaft scheinen zweit-rangig, eventuell sind sie gar durch «la drogue» geschaffen worden. Die «Süchtigen» seien Gefangene ihrer Sucht, demnach nicht frei und müssten mit Zwang aus ihrer Sucht befreit werden. Dabei gilt jeglicher THC-Konsum als Sucht, ein selbstverantwortlicher Umgang mit Hasch und Gras ist nicht vorstellbar.

Völlige Unvereinbarkeit

Diese beiden Meinungen spiegeln tief verwurzelte Grundhaltungen, die für die Betroffenen eine grosse Wichtigkeit haben und die sich einer gemeinsamen rationalen Diskussion entziehen. Es ist eine reine Machtfrage – wer die Mehrheit hat, setzt sich durch. Kompromiss unmöglich: Denn bereits das Gesetz, wie es hätte diskutiert werden sollen, war ja nicht extrem. Die vorgeschlagene Änderung war eigentlich ein Kompromiss. Aber die Mehrheit des Nationalrates wollte nicht einmal über dieses Minimum reden (und sie hätte den Vorschlag ja in der Detailberatung noch weiter verschärfen können). Die Mehrheit des neuen Nationalrates entschied nach emotionaler Debatte mit 102 gegen 92 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, sich gegen die

Diskussion zu stellen, die Revision scheitern zu lassen und schloss sich damit der Meinung des alten Nationalrates an, der im September 2003 mit 96 zu 89 ebenso entschieden hatte.

Wie geht es jetzt weiter?

Damit haben wir die spezielle Situation, dass der Ständerat, meistens die konservativere Kammer, zwei Mal sowohl auf die Revision eingetreten ist und sich sogar dafür ausgesprochen hat, während der Nationalrat zwei Mal die Diskussion verweigert hat. Damit weiss auch der Bundesrat nicht, wie es weitergehen soll, wie Innenminister Couchepin sagte.

Was bleibt, ist das alte Gesetz. Da aber fast alle mit diesem nicht zufrieden sind, werden neue Vorstösse zu seiner Änderung kommen. Die CVP will, dass die Kiffenden statt einer richterlichen eine polizeiliche Busse bekommen, was aber praktisch aufs Gleiche herauskommt wie heute. Die FDP will wahrscheinlich dafür besorgt sein, dass die befristete Heroinabgabe definitiv verankert wird. Die Grünen haben die Idee lanciert, dass man in einem Experiment mal den THC-Konsum freigibt; schaut, ob das funktioniert und dann Schlussfolgerungen daraus zieht. Die Rechtsaussengruppierungen werden Vorschläge zur Verschärfung des Gesetzes einbringen. (Über die Hanf-Initiative zur Legalisierung berichten wir ab Seite 37.) So unterschiedlich diese Vorstellungen sind, eines haben sie gemeinsam: Die Diskussionen darüber werden Jahre dauern. Jahre, in denen die Repression, nach Kantonen abgestuft, weitergeht (siehe Seiten 19-22).